

CDU hilft RWE: Kartellamt ausgetrickst

Düren. Dass die CDU eine Partei des Kapitals ist, wussten wir. Wie weit diese Freundschaft allerdings geht, wird am Beispiel der Stadtwerke Düren (SWD) deutlich. 75 Prozent der SWD-Anteile befinden sich nämlich bereits in den Händen der RWE Plus Beteiligungsgesellschaft Mitte (RBM). Da der RWE-Konzern auch noch an unzähligen anderen Stadtwerken beteiligt ist, hatte das Bundeskartellamt den Energieriesen unlängst aufgefordert einen Teil seiner Anteile wieder zu verkaufen. Das der Monopolist RWE hierüber nicht sonderlich begeistert war, versteht sich von selbst. Denn wer will schon gewinnbringende Anteile

verkaufen? Um dem Energieriesen RWE aus der Klemme zu helfen, wurde daher eiligst eine Lösung ausgetüftelt: Gründung eines Unternehmens das ca. 25 % der Dürener Stadtwerke von RBM für 9 Jahre übernehmen wird. Sein Name: „Stadtwerke Investitionsgesellschaft (SIG)“.

Weil an dieser Gesellschaft neben einigen anderen Kapitalgebern auch die Sparkasse Düren beteiligt ist, musste sich der Dürener Stadtrat in seiner Sitzung vom Dezember des vergangenen Jahres eingehend mit der Sache befassen. CDU-Fraktion und Bürgermeister machten den Weg frei: Die Stadt Düren verzichtet auf ihr

Rückkaufsrecht und stimmt einer Übertragung von 24,85 Prozent der SWD-Anteile an die SIG zu. Ratsmitglied Lothar Böling (Offene Liste der PDS) hierzu: „Hier zeigt sich mit welchen Tricks gearbeitet wird. Mit Hilfe von CDU-Fraktion und Bürgermeister ist dem RWE-Konzern letztlich die Aushebelung des Kartellrechts gelungen.“

Die Ratsfraktion der Offenen Liste der PDS hatte die Vorlage abgelehnt. Eine Forderung des Bundeskartellamtes zu umgehen und der Monopolbildung Tür und Tor zu öffnen, ist mit den politischen Zielen der Linkspartei nicht zu vereinbaren.

Cornetzhofschule

Abriss und Neubau beschlossen

Düren. Wer die Macht hat, kann sich alles erlauben. So auch die Dürener CDU.

Diese hat den Abriss und Neubau der Cornetzhofschule im Stadtteil Rölsdorf beschlossen. Statt eine aussagekräftige Vorlage zu fertigen, die den Neubau eines Schulzentrums nebst Schwimm- und Sporthalle begründet, mussten sich die Ratsmitglieder mit einem DIN A4 Blatt begnügen.

Mehr hatte ihnen Dürens Bürgermeister für die Entscheidungsfindung nicht gegeben. Ratsmitglied Lothar Böling erklärte hierzu: „Meiner Meinung nach ist es Aufgabe der Verwaltung, Fakten vorzulegen, die den Abriss und Neubau eines Schulzentrums rechtfertigen.“

Dies aber ist nicht geschehen. Keine der aufgeführten Summen für den Neubau der Schule, die Sanierung und die Betriebskosten wurde näher erläutert bzw. mit Einzelpositionen belegt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in seriösen Unternehmen so dilettantisch entschieden wird. Ein DIN A4 Blättchen dürfte dort wohl kaum ausreichen, um eine Investition von 5,7 Mio. Euro zu rechtfertigen.“

Die Offene Liste der PDS ist der Meinung, es genügt nicht, wenn in der Vorlage behauptet wird, dass in den nächsten Jahren 3 Millionen. Euro für die Sanierung des jetzigen Schulgebäudes anfallen würden. Es genügt auch nicht zu behaupten, künftig würden jährlich 210.000 Euro Betriebskosten eingespart. Weil es nicht nur um den Neubau eines Schulgebäudes und einer Einfachturnhalle geht, sondern auch um den Abriss eines intakten Schulzentrums, einer funktionalen Zweifachturnhalle sowie einer Schwimmhalle, meinte Ratscherr Lothar Böling: „Kein Wunder, das es überall an Geld mangelt, wenn kommunales Eigentum und Steuergelder so achtlos vernichtet werden.“ In der Mühlenau in Rölsdorf kann sich jeder selbst ein Bild vom Zustand der Cornetzhofschule machen.

ten, künftig würden jährlich 210.000 Euro Betriebskosten eingespart. Weil es nicht nur um den Neubau eines Schulgebäudes und einer Einfachturnhalle geht, sondern auch um den Abriss eines intakten Schulzentrums, einer funktionalen Zweifachturnhalle sowie einer Schwimmhalle, meinte Ratscherr Lothar Böling:

„Kein Wunder, das es überall an Geld mangelt, wenn kommunales Eigentum und Steuergelder so achtlos vernichtet werden.“ In der Mühlenau in Rölsdorf kann sich jeder selbst ein Bild vom Zustand der Cornetzhofschule machen.

Viele Kinder von Hartz-IV-Empfängern stehen ohne Schulbücher da

CDU: Kein Herz für Kinder

Düren. Erneut hat es die Dürener CDU abgelehnt, Kindern, deren Eltern Arbeitslosengeld II beziehen, die Schulbücher zu bezahlen. SPD und GRÜNE enthielten sich im Schulausschuss der Stadt Düren ihrer Stimme. Dabei hatte die Fraktion der Offenen Liste der PDS in ihrem Antrag auf Übernahme der Kosten für Schulbücher nur das gefordert, was bis Ende 2004 gesetzlich geregelt war: Eltern die von Sozialhilfe lebten, waren grundsätzlich von der Zahlung eines Eigenanteils zu den Schulbüchern ihrer Kinder (in Höhe von ca. 40 Euro) befreit. Mit der Einführung von Hartz IV Anfang 2005 wurde diese Befreiung abgeschafft. Das diese soziale Kürzung negative Folgen haben würde, war uns schon damals klar.

Inzwischen haben wir erfahren, dass es an der Bürgewald-

schule in Arnoldsweiler Klassen gibt, in denen die Hälfte der Kinder keine Schulbücher hat. Von 132 Schülern dieser Schule hatten Ende 2006 45 Kinder keine Bücher. Konkret verantwortlich für diese Schweinerei ist die SPD-Bundesregierung unter Gerhard Schröder. Die CDU-Landesregierung von NRW hat diese Schweinerei inzwischen fortgesetzt. Dabei hatte sie noch im Frühjahr 2006 erklärt, auch Bezieher von Arbeitslosengeld II seien künftig von der Zahlung des Elternanteils befreit.

Die vollmundigen Äußerungen von NRW-Schulministerin Barbara Sommer (CDU) haben sich damit als hohler Spruch entpuppt. Noch bei ihrem Besuch im Herbst 2006 in Kreuzau hatte sie vollmundig erklärt: „Das Maß aller Dinge ist das Wohl des Kindes“. Was daraus geworden ist, wissen

wir. In einem der reichsten Industrieländer der Erde gibt es Dank CDU, SPD, FDP und GRÜNE unzählige Kinder, die keine Schulbücher mehr haben. Wissen sollte man noch, dass im Arbeitslosengeld II kein Anteil für Schulbücher enthalten ist und das Kindergeld den Familien vom Arbeitslosengeld abgezogen wird.

Wer sofort etwas gegen diesen unsozialen Zustand tun will, der kann unter dem Stichwort: Schulbücher auf folgendes Konto spenden:

Sparkasse Düren, BLZ: 395 501 10 Konto: 1200 156 659, Konto-Inhaber: Die Linke.PDS Kreisverband Düren.

Jede eingehende Spende wird gesondert erfasst und vollständig zur Beschaffung von Schulbüchern aufgewendet.

Stadt Düren

Kein Platz für Azubis

Düren. Wieder einmal wurde ein Antrag der Fraktion der Offenen Liste der PDS vom Dürener Stadtrat abgelehnt. CDU, SPD, GRÜNE, FDP und Bürger für Düren stimmten gemeinsam gegen die Schaffung von 14 zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Die Spitze der Verwaltung hatte erklärt, es sei kein Platz für zusätzliche Ausbildungsplätze. Lothar Böling, Vorsitzender der Fraktion der Offenen Liste der PDS erklärte in seiner Rede an den Dürener Stadtrat: „Wir können die Ausrede der Verwaltungsleitung - es sei kein Platz für wei-

tere Auszubildende - nicht akzeptieren. Uns liegt nämlich ein Schreiben der job-com an das Dürener Erwerbslosenkomitee vor, aus welchem hervorgeht, dass die Stadt Düren inzwischen 25 Stellen für 1-Euro-Jobber geschaffen hat. Die PDS-Fraktion ist der Meinung, wer Platz für 25 1-Euro-Jobber hat, der hat auch Platz für 14 Auszubildende. Wir halten daher an unserer Forderung fest, jugendliche Arbeitslose nicht als billige Hilfskräfte zu missbrauchen.“ Aktuelle gibt es bei der Stadt Düren lediglich 27 Auszubildende.

Schuldenbaron Larue

Düren. „Schöpfe Jupp“ und seine SPD hätten die Stadt Düren ruiniert, hatte die CDU 1999 im Wahlkampf getönt und damit die Kommunalwahl gewonnen. Seitdem regieren in Düren Paul Larue und seine CDU. „Alles käme auf den Prüfstand“, hatte Larue nach seinem Amtsantritt gelobt. Was aus dieser vollmundigen Erklärung geworden wissen wir. Inzwischen hat sich der grandiose Retter Dürens selbst zum Schuldenbaron gemausert. Schlimmer noch, wenn es so weiter geht, ist die Stadt Düren 2017 vollends pleite. Aktuell liegt der Schuldenstand bei 107

Millionen Euro und allein 2007 kommen weitere 25 Millionen hinzu. Die Offene Liste der PDS ist der Meinung, dass CDU und SPD viel zu lange untätig waren. Jahrzehntlang schob man sich nur gegenseitig den Schwarzen Peter zu. Auch heute ist dies nicht anders. Noch immer lässt man kostbare Zeit verstreichen, statt die Kommune wieder handlungsfähig zu machen. Hätte die Dürener CDU - wie von uns seit Jahren gefordert - schon vor sieben Jahren die Gewerbesteuer erhöht, wäre der Schuldenberg heute um 14 Millionen. Euro niedriger.

Sanierungskosten mehr als verdreifacht

300.000 Euro fürs Klo

Düren. Dass die alte Toilettenanlage am Rathaus dringend sanierungsbedürftig ist, haben wir nie bestritten. Deshalb hatte die Fraktion der Offenen Liste bereits vor zwei Jahren eine Sanierung befürwortet. 2004 hieß es allerdings noch, die Gesamtkosten der Toilettensanierung würden auf ca. 90.000 € geschätzt. Hierin seien sogar die Mietkosten der WC-Container für die Bauzeit in Höhe von ca. 10.000 €, enthalten.

Weil sich die Baukosten inzwischen mehr als verdreifacht haben, kritisiert Ratscherr Lothar Böling: „Was hier nicht stimmt sind die hohen Baukosten von 300.000 Euro. Nach Aussage der Verwaltung betragen die Mehrkosten für die Entlüftung des Kellerbereiches lediglich 45.000 Euro. Zieht man diesen Betrag von den 300.000 Euro ab, so bleiben immer

noch 255.000 Euro übrig. Vergleicht man diesen Betrag mit den ursprünglichen Kosten von 90.000 Euro, so sind dies 165.000 Euro mehr.

Wie aber kommt diese Verdreifachung der Baukosten zustande? Drei zusätzliche WC-Schüsseln, zwei zusätzliche Urinale, sowie ein Wickeltisch können kaum eine solche Kostenexplosion verursacht haben. Hier drängt sich der Verdacht auf, dass mit der neuen Entlüftungsanlage ein altes Problem - nämlich die undichte Hochterrasse am Rathaus - gelöst werden soll. Offensichtlich wird die Allgemeinheit jetzt nachträglich für die gescheiterte Sanierung der Hochterrasse mit einer neuen, wesentlich größeren und teureren Entlüftungsanlage zur Kasse gebeten.“

Die Linke im WWW

Die Offene Liste ist auch im Internet zu finden:

www.dielinke-dueren.de

Die Linke.PDS im Altkreis Jülich ist erreichbar unter:

www.pds_juelich.realxxl.de

Bündnis gegen Rechts gegründet

Düren. Endlich! Nach Monaten der Vorbereitung und der Diskussion wurde am 30. Januar das Dürener Bündnis gegen Rechts gegründet. Die Christuskirche platzte aus allen Nähten: Rund 700 Menschen waren gekommen, um den anhaltenden Aktivitäten der Neonazis von NPD oder sogenannten „Kameradschaften“ im Kreis Düren etwas entgegenzusetzen. Die Versammlung wählte Hakan Cay, Dominik Clemens, Ludger Dowe, Paul Larue, Thomas Müller, Karl Panitz und Susanne Rössler zu Sprechern des Bündnisses. Arbeitsgruppen zu Themen wie „Soziales“ oder „Aktion / Information“ werden ab März das Bündnis mit Leben füllen. Mittlerweile gehören zahlreiche Parteien und Organisationen und hunderte Einzelpersonen dem Bündnis an. Die Dürener Linkspartei und die DKP sind als Parteien, die in der Tradition des antifaschistischen Widerstands der Arbeiterbewegung stehen natürlich von Anfang an dabei. Wer die Ziele des Bündnisses unterstützen möchte, kann seinen Eintritt formlos erklären. Dies kostet nichts und dient einer guten Sache:

Bündnis gegen Rechtsextremismus c/o Evangelische Gemeinde, Phillipstr. 4, 52349 Düren, E-Mail: buendnis@evangelische-gemeinde-dueren.de

Dokumentiert: Gründungserklärung des Dürener Bündnisses gegen Rechts



Gemeinsam gegen Rechts Bunt statt Braun

Für ein friedliches Zusammenleben – Für Stärkung der Zivilgesellschaft

Ein demokratisches und friedliches Zusammenleben auch von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion basiert auf unveräußerlichen Grundwerten, die mit rassistischen und nationalistischen Anschauungen unvereinbar sind.

• Wir haben in der Vergangenheit bereits bei verschiedenen Gelegenheiten unseren gemeinsamen Einsatz für Demokratie und gegen rechtes Gedankengut und Rechtsextremismus mit vielen Bürgerinnen und Bürgern deutlich gemacht und damit zum Ausdruck gebracht, dass bei uns kein Platz für alte und neue Nazis ist.

• Entscheidend ist nach unserer Überzeugung, den Kampf gegen rechtes Gedankengut und den Rechtsextremismus nicht immer nur von Fall zu Fall zu führen. Langer Atem und Nachhaltigkeit sind geboten von Politik und Parteien aber auch der von zivilgesellschaftlichen Akteuren.

• Wie notwendig dieses Engagement ist, zeigt sich in zunehmenden neonazistischen Aktivitäten und Aufmärschen auch in Stadt und Kreis Düren sowie den erschreckenden Wahlergebnissen rechtsextremistischer Parteien in benachbarten Städten und Gemeinden und anderswo.

• Die Ursachen für Rassismus und Rechtsextremismus sind vielfältig. Zu den Ursachen gehören auch die zunehmende soziale Ungleichheit und eine repressive Ausländergesetzgebung.

• Dringend erforderlich ist die Überzeugungsarbeit insbesondere bei den Menschen, die durch Argumente und Aufklärung ansprechbar sind. Bei Jugendlichen ist es uns besonders wichtig, präventiv zu handeln, um sie widerstandsfähig zu machen gegen rechtsradikales Gedankengut und sie zu ermutigen, sich für ein solidarisches Zusammenleben einzusetzen.

• Wir wollen mit dazu beitragen, ein Klima zu schaffen, in dem für Rassismus, Nationalismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Revanchismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung kein Platz ist. Hass und Gewalt in jeglicher Form setzen wir unsere solidarische Kraft entgegen.

Darum schließen wir uns zu einem dauerhaften Bündnis „Gemeinsam gegen Rechts“ zusammen. Wir verbinden Menschen und demokratische Organisationen quer durch alle Bevölkerungsschichten. Wir sehen dies als Beitrag zur Förderung einer demokratischen Kultur und zur Stärkung der Zivilgesellschaft im Kreis Düren.

Die Mitglieder des Bündnisses „Gemeinsam gegen Rechts“ zeigen Zivilcourage und wollen allen Bürgerinnen und Bürgern Mut machen, sich aktiv gegen rechte Gesinnung und Gedankengut zu stellen. Dies geschieht u.a. durch regelmäßige Information der breiten Öffentlichkeit in Veranstaltungen und mit Aktionen aller Art. Die Auseinandersetzung mit und der Widerstand gegen Rechtsextremismus und Rassismus sehen wir auch als eine dauerhafte gesellschaftspolitische Aufgabe der Kommunen in der Region. Dieses Verständnis kommunaler Verantwortung fordern wir ein und in diesem Sinne arbeiten wir mit den kommunalen Verantwortungs-träger/innen zusammen.

Linkspartei fordert Düren-Pass

Düren. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer. Die Agenda 2010 und insbesondere die Hartz IV Gesetze verschlimmern diese Situation tagtäglich. Hartz IV bedeutet für immer mehr Menschen Armut per Gesetz! Wohlfahrtsverbände warnen und stellen fest, dass die Regelsatzbemessung mindestens 20% unter dem „zum Leben notwendigen“ liegt. Eine gravierende Folge zunehmender Verarmung ist die faktische Ausgrenzung von der Teilnahme an kulturellen, sportlichen und sozialen Aktivitäten. Wesentlichen Anteil hat

dabei die Mobilität. 18.11 Euro stehen einem ALG II Empfänger monatlich für Mobilität, die von ihm direkt eingefordert wird, zur Verfügung. Die Linkspartei.PDS fordert für alle Menschen, die unterhalb der offiziellen Armutsgrenze von 938 Euro netto liegen, einen Düren-Pass und ein Mobilitätssticket für den ÖPNV im Kreis Düren. Der Düren-Pass soll zu Ermäßigungen bei Kultureinrichtungen, sportlichen Angeboten, Bädern und kommunalen Gebühren berechtigen, sowie zur kostenlosen Nutzung der Bücherei und der VHS.

Denkmalbereich Grüngürtel?

Düren. Sicherlich erinnern Sie sich noch: Im April 2006 hatte das Rheinische Amt für Denkmalpflege Pulheim mitgeteilt, dass der Schwerlastverkehr in der Brückenstraße auch aus Sicht der Denkmalpflege nicht hinzunehmen sei. Damals sagte man zu, man wolle sich mit der Stadt Düren über eine Abwendung der Verkehrsbelastung verständigen. Aber erst auf Nachfrage erhielten wir von der städtischen Denkmalbehörde Antwort: „Zur Funktion der Brückenstraße hat das Amt für Tiefbau und Grünflächen bereits vor einiger Zeit ausführ-

lich Stellung genommen. Aus denkmalpflegerischer Sicht ist diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen.“ Wenn so der städtische Denkmalschutz aussieht, kann von davon in Düren keine Rede mehr sein. Zu Recht fragt sich daher mancher Anwohner der Brückenstraße, wieso er Auflagen einhalten soll, wenn selbst die Stadt nichts zum Schutz der denkmalgeschützten Häuser unternimmt. Schließlich wirken die schweren Erschütterungen des LKW-Verkehrs auf nicht unterkellerte Häuser nachweislich zerstörerisch.

Kolumne von Paul Schäfer MdB*

Entschlossen gegen Rechts



Es gibt sie in Düren noch: die Menschen mit Zivilcourage. Am 30. Januar trafen sich 700 von Ihnen in der Christuskirche und gründeten das „Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus“. Sie alle wollen was gegen das freche Auftreten alter und neuer Nazis in unserer Stadt tun. Menschen unterschiedlich-

ter Konfession, Nationalität und über alle demokratischen Parteien hinweg sagten ge-eint: Düren bleibt bunt! Was ist geschehen? Seit Monaten treiben Neonazis in Düren und Umgebung ihr Unwesen. Sie werden mutig und organisieren sich. Die NPD gründete hier jüngst einen Kreisverband der eng mit der gefährlichen Skinhead-Vereinigung „Kameradschaft Aachener Land“ verflochten ist. Sie feiern zusammen unbehelligt ihre altgermanischheidnischen Feste, auf denen sie sich mit Ihrer Hassmusik aufpeitschen. Sie tragen T-Shirts auf denen steht: Es kommt der Tag, an dem ihr euch wünschen würdet, wir würden nicht nur saufen. Dieser Tag ist leider da, denn: Sie gehen als Saubermänner ver-

kleidet mit Flugblättern und Informationsständen an die Öffentlichkeit. Sie verkaufen ihre Lügen als simple Wahrheiten. Sie verhöhnen die Demokratie und versuchen, aus den berechtigten sozialen Verunsicherungen der Menschen politisches Kapital zu schlagen. Sie diskutieren leidenschaftlich über den 2. Weltkrieg, aber sie haben auf keine einzige soziale Frage eine Antwort. Wenn sie in der Mehrheit sind, sind sie gewaltbereit und laut. Die Auseinandersetzung mit Ihnen ist nicht einfach. Wenn man Ihnen auf der Strasse begegnet, geht man Ihnen lieber aus dem Weg. Doch was ist, wenn das alle machen? Wir müssen keine Helden sein, um uns gegen Nazis zu wehren. Die 700 Menschen in der

Christuskirche haben bewiesen: Es gibt genug Menschen mit Zivilcourage in unserer Umgebung. Wenn viele Menschen an einem Ort sind, vertraut jeder oftmals auf den Widerspruch des anderen. Machen Sie den Anfang. Widersprechen Sie rassistischen Äußerungen. An Ihrem Ort und nach Ihren Möglichkeiten.. Sie werden feststellen, dass sie nicht alleine sind, denn viele Menschen wissen: Faschismus fügt Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu.

* Paul Schäfer (Die Linke.PDS) ist Bundestagsabgeordneter und betreut den Kreis Düren. Sein Büro ist telefonisch unter 0211 - 87 66 351 oder per E-Mail unter paul.schaefer@wk.bundestag.de zu erreichen.

Kampagne gegen die NPD

„NPD-Verbot jetzt!“ heißt eine Kampagne der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), deren Ziel ein neues Verbotverfahren gegen die neonazistische NPD ist.



Umfangreiches Material gibt es auf der Internetseite der Kampagne (www.npd-verbot-jetzt.de). Dort besteht auch die Möglichkeit, den Aufruf für ein neues NPD-Verbotverfahren direkt online zu unterschreiben.

Termine

„Nackt unter Wölfen“

Die Antifa Düren zeigt in Zusammenarbeit mit dem Multikulti den Spielfilm über den Widerstand im Konzentrationslager Buchenwald. Es besteht außerdem die Möglichkeit, sich über eine zweitägige Fahrt zur Gedenkstätte Buchenwald Mitte April zu informieren und auch anzumelden.

Freitag, 23. März 2007 um 19 Uhr im Multikulti (Haus der Stadt), Stolzestr. 7 in Düren.

„Mehr Bundeswehr nach Afghanistan!?!“

Eine Diskussionsveranstaltung der Deutschen Kommunistischen Partei Düren mit Gerd Deumlich, Redakteur der Zeitschrift „Marxistische Blätter“ über das Weißbuch der Bundeswehr, den Afghanistan-Einsatz und neue Entwicklungen des deutschen Militarismus.

Mittwoch, 28. März 2007 um 19 Uhr im KOMM, August-Klotz-Str. 21 in Düren

IMPRESSUM

Herausgeber: Offene Liste der PDS
Redaktion: D. Clemens (V.i.S.d.P.)

Die Offene Liste der PDS ist ein Bündnis von Mitgliedern der Partei Die Linke, PDS, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), Gewerkschaftern sowie parteilosen Linken. Seit 1999 sind wir im Kreistag Düren und im Dürener Stadtrat vertreten.

Kontakt

Ratsfraktion
Raum 207, Rathaus Düren
Kaiserplatz 2-4
52349 Düren

Telefon: 02421-25 27 58
Fax: 02421-25 28 58
E-Mail: pds-offene-liste-dueren@web.de

Sprechstunden:
Di und Do 8 - 12 Uhr und 14 - 17 Uhr

Kreistagsfraktion
Raum 163, Kreishaus Düren
Bismarckstr. 16
52348 Düren

Telefon: 02421-22 23 32
Fax: 02421-22 20 68
E-Mail: pds@kreis-dueren.de

Sprechstunden nach telefonischer Vereinbarung.

Spendenkonto

Die Linke.PDS Kreisverband Düren
Konto: 1200 156 659
Sparkasse Düren, BLZ: 395 501 10

